



- Wann **beenden** die Lehrer ihren **Ausflugs-Boycott**?
- Warum sich nur wenige italienische **Berufsschulen** am **Protest** beteiligen.
- Warum sich die Lehrer jetzt als Opfer einer **Medienhetze** wännen.

SEITEN 6-7

Foto: Symbolfoto (© 123RF.com)



„Es geht nicht ums Geld“

Trotz Kritik und politischer Bekenntnisse halten die Lehrkräfte am **Ausflugs-Boykott** fest. **Andrea Perger** von der Initiativegruppe „Qualitätsmarke Bildung“ erklärt, **warum der Protest weitergeht** – und warum sie die gesamte Debatte im Visier einer **gezielten Medienkampagne** sieht.

Tageszeitung: Frau Perger, die Beteiligung der deutschen und ladinischen Schulen an den Protestmaßnahmen ist überraschend groß. Haben Sie mit dieser Rückendeckung gerechnet?

Andrea Perger: Ich habe schon erwartet, dass das Stimmungsbild unter den Lehrern so ist. Lediglich die Anzahl der kritischen Stimmen hätte ich etwas höher eingeschätzt. Aber ich hätte nicht gedacht, dass sich tatsächlich so viele Lehrkräfte damit befassen und nahezu in allen Schulen die Diskussion darüber geführt wird, immerhin haben wir unsere Inhalte größtenteils über die sozialen Netzwerke geteilt.

Einige Abstimmungen innerhalb des Lehrerkollegiums sollen sehr knapp ausgefallen sein. Können Sie das also nicht bestätigen?

Nein, was wir mitbekommen haben, waren die Ergebnisse der Abstimmungen immer sehr eindeutig. Wir wissen es natürlich nicht von allen, aber unseren Rückmeldungen nach habe ich das Gefühl entwickelt, dass es unter den Lehrern eine sehr klare Haltung gibt.

„Diesen Inflationsausgleich erhalten alle öffentlich Bediensteten in Südtirol, aber bei den Lehrkräften scheint man ihn gerne drei Mal zu verkünden.“

Andrea Perger



Andrea Perger: „Aus meiner Sicht spielt sich die ganze Aufregung vor allem in den Medien ab – nicht in den Schulen selbst.“

Ich stelle es aber auch nicht infrage, dass mancherorts die Abstimmungen knapp gewesen sein können. Denn effektiv ist es ja kein offizieller Beschluss. Wir Lehrer sind nicht dazu verpflichtet, Ausflüge zu machen, auch wenn es manchmal anders dargestellt wird. Eigentlich handelt es sich dabei um schulergänzende Tätigkeiten, die der didaktischen Freiheit einer jeden Lehrperson unterliegen. Und mit den Abstimmungen haben wir vereinbart, diese nicht mehr zu planen. Wie genau das dann aussehen soll, legt jede Schule selbst fest.

Die italienische Schulwelt hat sich bislang eher zurückgehalten, auch wenn sich mittlerweile einzelne italienischsprachige Schulen den Protestmaßnahmen anschließen oder zumindest ihr Interesse daran bekunden.

Wir sind mit vielen italienischen Schulen in Kontakt und es sind auch Treffen geplant. Es ist nicht

so, dass sie nicht mitmachen wollen, sondern ihnen hat bisher die Planungszeit gefehlt. Die ganze Debatte ist letztes Jahr im November mit den Landtagsanhörungen gestartet, wo Vertreter aller drei Sprachgruppen anwesend waren. Daraufhin sind parallel dazu im Land die verschiedenen Initiativegruppen entstanden: Wir haben uns über unsere Anliegen ausgetauscht und die Diskussion im Frühjahr in den deutschsprachigen Schulen angestoßen. Auch die ladinischen Schulen haben sich der Bewegung angeschlossen. Aber die italienischen Kollegen sind erst später in die Diskussion eingestiegen.

Sie sind erst durch unsere Social-Media-Beiträge auf unsere Initiative aufmerksam geworden und haben es anschließend in den italienischen Schulen bekannt gemacht. Sie hatten also noch nicht die Zeit, Diskussionen darüber zu führen. Mittlerweile hat sich das Humanistische und Kunstgymnasium „Pascoli“ angeschlossen – und mit zwei weiteren großen Schulen sind wir im engen Austausch. Weitere werden uns sicher noch folgen.

Am Dienstag wurde der Vertragsentwurf zur strukturellen Inflationsanpassung der Gehälter unterzeichnet. Ein erster wichtiger Schritt?

Diesen Inflationsausgleich erhalten alle öffentlich Bediensteten in

Südtirol, aber bei den Lehrkräften scheint man ihn gerne drei Mal zu verkünden. Außerdem handelt es sich hierbei erst um einen Vertragsvorentwurf, während alle anderen öffentlichen Bediensteten den Inflationsausgleich bereits mit nächstem Monat bekommen. Es geht uns nicht ums Geld, sondern darum, wie mit uns als Berufsgruppe umgegangen wird. Wir haben oft genug durch die Finger schauen müssen. Laut dem Arbeitsförderungsinstitut haben wir zwischen 2008 und 2024 knapp 27 Prozent an Kaufkraft eingebüßt. Zudem fehlen uns Lehramtsstudenten, weil sie nicht mehr zurückkommen. Und so sind wir nicht wettbewerbsfähig.

Auch der Startschuss für die Ver-

**handlungen über eine Reallohn-
erhöhung in Höhe von 330 Millio-
nen Euro ist gefallen.**

Nein, es gibt keinen Startschuss für Verhandlungen, weder einen Termin noch einen festen Zeitplan – nur die Ankündigung, dass Geldmittel, die zuerst vom Landtag genehmigt werden müssen, für eine Realloohnerhöhung vorgesehen sind in Höhe von 330 Millionen Euro für einen Dreijahreszeitraum.

**Sie haben also nicht vor, von den
Protestmaßnahmen abzulassen?**

Das steht außer Frage. Wir starten mit den Protestmaßnahmen.

**Aber die Landesregierung hat
sich jetzt auf die Hinterfüße ge-
stellt und einen klaren Plan vor-
gelegt...**

Wir werden zurzeit sehr stark auf die Gehaltsforderungen reduziert. Trotz Gehaltserhöhung und Inflationsanpassung bleiben unsere Arbeitsbedingungen sehr schlecht, das lässt sich auch mit mehr Geld nicht lösen. Denken wir nur an die Klassengröße, die heutzutage nicht mehr angemessen ist. Die Anforderungen sind in den letzten Jahren gestiegen: Wir haben Schüler mit psychischen oder sozialen Schwierigkeiten, diagnostizierten Lese-Rechtschreibschwächen oder ADHS, Kinder mit Migrationshintergrund... – aber die nötigen Ressourcen fehlen.

**In letzter Zeit wird der Ausflugs-
Streik immer wieder heftig kriti-
siert, zunehmend auch von Sei-
ten der Eltern – weil er auf den
Rücken der Kinder ausgetragen
werde. Nehmen Sie diese negati-
ve Resonanz ebenfalls wahr?**

Nein, ich stehe jeden Tag im Klassenzimmer und habe direkt mit den Schülerinnen und Schülern zu tun. Ich habe den Eindruck, dass im Moment eine große Medienkampagne gegen uns läuft – dass vieles bewusst dramatisiert oder konstruiert wird, um gezielt Stimmung gegen die Lehrkräfte zu machen. Es wird oft so dargestellt, als hätten wir an den Schulen einen totalen Krieg. Ich bin selbst Mutter und erlebe die Situation deshalb auch aus dieser Sicht. Den meisten Eltern ist vor allem wichtig, dass der Unterricht gut läuft. Wir gestalten nach wie vor einen hochwertigen und abwechslungsreichen Unterricht – keineswegs nur „Dienst nach Vorschrift“ oder das „nötigste Minimum“. Von einem spürbaren Unmut merken wir daher aktuell nichts, höchstens vereinzelt kritische Stimmen, wie es sie aber immer gibt. Natürlich waren die Schülerinnen und Schüler anfangs etwas enttäuscht, weil schulergänzende Tätigkeiten ausfallen werden. Aber ich sehe keine Gefahr eines dauerhaften Schadens. Aus meiner Sicht spielt sich die ganze Aufregung vor allem in den Medien ab – nicht in den Schulen selbst.

Interview: Sylvie Debelyak